



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft

Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft am 16. September 2025

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 17:57 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Christian Zorn

Kreistagsmitglied

Herr Holger Gutzmann

Herr Aurel Hagen

Herr Frank Ilchmann

Herr Siegfried Klein

Herr Holger Kliewe

Herr Sebastian Koesling

Herr Dirk Niehaus

Frau Heike Völschow

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Maximilian Tophoff-Kaup

Stellvertreter/-in

Herr Björn Ottensmeier

Herr Jan Zipperling

Vertretung für Herrn Christian Ehlers

Vertretung für Frau Beatrix Hegenkötter

Von der Verwaltung

Herr Heiko Gernetzki

Herr Ulf Jäckel

Herr Dennis Lüdke

Herr Hannes Arndt

Herr Bastian Köhler

FDL Umwelt

FGL Umweltschutz

SB Koordinator Wasserstoffregion

SB Kreistagsangelegenheiten

SB Kreistagsangelegenheiten

Gäste

Frau Jana Kanter

GASCADE GmbH

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Christian Ehlers
Frau Sandra Graf
Frau Beatrix Hegenkötter
Herr Thomas Pauketat

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Ralf Porath

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 17. Juni 2025
5. Beratung zur Umsetzung des Projektes "HYROW" im Landkreis Vorpommern-Rügen
6. Anfragen
7. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

8. Bestätigung der nichtöffentlichen Tagesordnung
9. Kenntnisnahme der nichtöffentlichen Niederschrift vom 17. Juni 2025
10. Anfragen
11. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Zorn eröffnet die 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und 11 von 15 Ausschussmitgliedern anwesend sind. Herr Zorn stellt somit die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht vorgetragen.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft stimmt der vorliegenden Tagesordnung einstimmig zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 17. Juni 2025

Anmerkungen zur Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft nimmt die öffentliche Niederschrift vom 17. Juni 2025 zur Kenntnis.

5. Beratung zur Umsetzung des Projektes "HYROW" im Landkreis Vorpommern-Rügen

Herr Zorn lässt über das Rederecht von Frau Kanter abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft entscheidet einstimmig, Frau Kanter das Rederecht zu erteilen.

Herr Zipperling nimmt um 17:03 Uhr an der Sitzung teil. (12/15)

Herr Lüdke stellt die PowerPoint-Präsentation vor.
(siehe Anlage: PPP_H2 LK VR HYROW ULFFA Sept 2025)

Frau Kanter stellt sich als zuständige Trasseningeneurin der GASCADE GmbH für die Umsetzung des Projektes "HYROW" vor. **Frau Kanter** sei für das gesamte Planfeststellungsverfahren sowie für das Genehmigungsverfahren zuständig. Die Trasse werde vollständig neu gebaut und solle von Rostock nach Wrangelsburg führen. Dabei befinde sich der größte Abschnitt der Trasse im Landkreis Vorpommern-Rügen. Die "HYROW" soll Teil des Wasserstoffkernnetzes "Flow" werden, zu dem auch die "OPAL" gehöre. Die "HYROW" solle in Wrangelsburg durch die dort liegende Absperrstation an das Bestandsnetz der "OPAL" angeschlossen werden.

Frau Kanter merkt an, dass die "OPAL" vollständig auf Wasserstoff umgestellt werde. Die "OPAL" sei eine großdimensionierte Leitung mit einem Durchmesser von 1.400 mm, die "HYROW" sei mit 1.000 mm etwas kleiner, so **Frau Kanter**. Die "HYROW" werde insgesamt eine Kapazität von 18 Gigawatt haben. An der Trasse sollen neun Absperrstationen entstehen, an denen sowohl die Einspeisung als auch die Auspeisung möglich sein soll. Diese werden in einem Abstand von 12 km bis 18km entlang der Trasse errichtet. Hierfür stünden bereits die Standorte fest. **Frau Kanter** verweist auf die PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage PPP_H2 LK VR HYROW ULFFA Sept 2025).

Herr Klein fragt, wo der Wasserstoff herkommen solle und ob es einen Hauptversorger gebe.

Frau Kanter antwortet, dass die "HYROW" ein Transportangebot sei. **Frau Kanter** wisse nicht, ob es bereits Vereinbarungen mit Zulieferern gebe.

Herr Klein erwidert, dass eine Lieferzuverlässigkeit gegeben sein müsse, um gewährleisten zu können, dass ausreichend Wasserstoff da sei. Sonst könne man nicht die Wirtschaftlichkeit der Anlage sichern.

Herr Lüdke weist darauf hin, dass die GASCADE lediglich der Betreiber des Leitungs-

netzes sei. Das Handeln, Erzeugen und Abnehmen des Wasserstoffs liege nicht in der Verantwortung der GASCADE. Hauptsächlich solle der Wasserstoff aus Rostock und Lubmin kommen, so **Herr Lüdke**. Es sollen zwei Elektrolyseure im Rostocker Hafen entstehen und zwischen Rostock und Güstrow ein weiterer. Außerdem soll in Lubmin Elektrolyseleistung in Höhe von 400 bis 500 Megawatt entstehen. Letztendlich sei es die Aufgabe der GASCADE einen Druck von 100 Bar auf der Leitung aufrechtzuerhalten. Somit müsse die GASCADE sicherstellen, dass, sobald ein Einspeiser vom Netz geht, ein weiterer nachliefert.

Herr Klein gibt zu bedenken, dass ausreichend Wasserstoff zur Verfügung stehen müsse, da sonst der Druck unter 100 Bar falle und mahnt, dass garantiert werden müsse, dass dauerhaft ausreichend Versorger vorhanden seien, um die Anlage auch sicher betreiben zu können.

Herr Lüdke bestätigt, dass es ein ausgeklügeltes System brauche, um den Druck von 100 Bar aufrechtzuerhalten.

Frau Kanter weist darauf hin, dass die GASCADE für den Transport zuständig sei. Bereitstellen und Inbetriebnahme bedeuten, dass die Leitung mit Wasserstoff befüllt und der Druck von 100 Bar aufgebaut werde. Anschließend sei die Anlage betriebsbereit.

Herr Klein fragt, wo der Wasserstoff herkomme.

Frau Kanter antwortet, dass dieser von den Erzeugern komme. Man müsse jedoch erst die Leitung bauen, da es sonst keine Investoren gebe.

Herr Klein fragt, ob es bereits Verträge mit Erzeugern gebe, die sich zur Einspeisung bereiterklären.

Herr Lüdke antwortet, dass es solche Verträge gebe. Nur sei die Region Vorpommern-Rügen nur von Erzeugerseite betroffen. Es gebe keine Abnehmer in der Region.

Herr Klein fragt, ob die Leitung unterirdisch verlaufen werde.

Die Leitung werde mind. 1,30 m unter der Erde verlaufen, so **Frau Kanter**.

Herr Klein fragt, ob Landwirte ihre Felder oberhalb der Leitung weiterhin für die Agrarwirtschaft benutzbar bleiben.

Frau Kanter sagt, dass dies weiterhin möglich bleiben werde. Die einzige Einschränkung bestehe dahingehend, dass in Wäldern eine Sicherheitsschneise eingehalten werden müsse. Die Waldbetroffenheit sei jedoch minimal.

Herr Zorn fragt, ob die Leitung auch Gas transportieren könnte.

Frau Kanter antwortet, dass die Leitung auch zum Transport von Erdgas geeignet sei.

Herr Hagen betont, dass es wichtig sei, Grundstückseigentümer /innen mit in die Planung einzubinden und bei eventuell aufkommenden Schäden entsprechende Entschädigungen zu leisten. **Herr Hagen** merkt an, dass im Rahmen der Erkundung der Trassenstrecke bereits Begehungen von Grundstücken gemacht worden seien, ohne dass die Gemeinden oder die Flächeneigentümer darüber informiert worden wären.

Frau Kanter sagt, dass die Trassenplanung aktuell hinreichend konkret sei, sodass man nun die Flächeneigentümer ermittle. Momentan bereite man die Baugrunduntersuchung vor. Abschließend wolle man sich dann mit den Eigentümern verständigen, um die Pächter der betroffenen Flächen zu ermitteln, um sich dann deren Zustimmung für die Bohrungen und Zuwegungen einzuholen. In dem Zusammenhang gebe es Bekanntmachungen über die Amtsblätter, ebenso informiere man die Bürgermeister/innen, so **Frau Kanter**. Es werde Anfang November eine Bürgerinformation an drei Standorten geben - unter anderem in Gelbensande und Süderholz.

Herr Hagen fragt, ob im Rahmen der Trassenerkundung bereits Grundstücke betreten wurden.

Man nehme seit Anfang Februar biologische Kartierungen vor, so **Frau Kanter**. Diese Untersuchungen finden in einem sehr breiten Korridor von bis zu 1.000 m statt, so werde es von den Naturschutzbehörden gefordert. Seitens der GASCADE habe man hierzu vor dem Beginn der Untersuchungen eine Pressemitteilung herausgegeben. Diese sei jedoch in keinem großen Umfang von der Presse veröffentlicht worden.

Herr Hagen beschwert sich über das Vorgehen der GASCADE. Eine Pressemitteilung sei nicht ausreichend. Weder die Gemeinden noch die Flächeneigentümer wussten, dass solche Untersuchungen stattfanden. **Herr Hagen** fragt, ob die Landwirte zukünftig eingeladen werden, wenn solche Maßnahmen auf deren Fläche durchgeführt werden.

Frau Kanter merkt an, dass die GASCADE gemäß Energiewirtschaftsgesetz dazu verpflichtet sei, solche Maßnahmen ortsüblich bekanntzumachen - wie die Bekanntmachung im Amtsblatt. Dann haben die Flächeneigentümer die Durchführung zu dulden. Man werde mit allen Pächtern vertraglich festhalten, dass direkte Schäden sowie Folgeschäden auch noch bis zu drei Jahre später erstattet werden.

Herr Hagen weist Frau Kanter darauf hin, dass die Vorgehensweise der GASCADE bereits zu Unmut unter den Flächeneigentümern/-pächtern und Landwirten/innen geführt habe. **Herr Hagen** mahnt, dass man diese Vorgehensweise zukünftig überdenken sollte.

Herr Lüdke merkt an, dass die GASCADE ihr Vorhaben strikt nach dem Energiewirtschaftsgesetz durchführen könnte. Das bisherige Vorgehen sei bereits sehr entgegenkommend gegenüber den Flächeneigentümern und Landwirten. **Herr Lüdke** fügt hinzu, dass die Kommunikation der GASCADE mit der Verwaltung problemlos sei.

Herr Hagen möchte seine Anmerkungen nicht als Vorwurf verstanden wissen. Es gebe seitens der Gemeinde Tribsees gewisse Befindlichkeiten, die hier vorgetragen werden sollten.

Herr Lüdke habe alle betroffenen Gemeinden im vergangenen Dezember angeschrieben und nur wenige Rückläufer erhalten. Die Bekanntmachungen über die Amtsblätter seien der korrekte Weg der Bekanntmachung.

Herr Klein bittet Frau Kanter, eine schriftliche Erklärung an die Mitglieder des Ausschusses zu geben, in der sich die GASCADE dazu verpflichtet, alle Schäden, die durch den Bau der Trasse entstehen, zu entschädigen.

Frau Kanter nehme diese bitte mit und werde die entsprechenden Schritte einleiten.

Herr Klein stellt klar, dass er nicht gegen das Vorhaben sei. Es sei wichtig, dass der ordnungsgemäße Ablauf sichergestellt werde.

Herr Lüdke versichert, dass die GASCADE rechtmäßig arbeite.

Frau Kanter erklärt, dass die Zusammenarbeit mit den Flächeneigentümern/-pächtern im Interesse der GASCADE liege. Bisher habe man sich immer mit den Flächeneigentümern einigen können. **Frau Kanter** versichert, dass die GASCADE ordnungsgemäß arbeite.

Herr Kliewe fragt, wie groß der Querschnitt der Trasse sein werde.

Frau Kanter antwortet, dass die Trasse einen Querschnitt von 1,00 m haben werde.

Herr Kliewe fragt, ob man trotz dieses Querschnittes bohren müsse und bis zu welcher Tiefe.

Es werden Bohrungen notwendig sein, so **Frau Kanter**.

In der Regel müsse eine Mindestbedeckung von 1,00 m und 0,30 m Oberboden eingehalten werden. Außerdem gäbe es dann entlang der Trasse einen 10,00 m breiten Schutzstreifen, in dem dann bspw. keine Bebauung stattfinden dürfe.

Herr Gutzmann fragt, wann man mit dem Beginn der Baumaßnahmen rechne.

Frau Kanter antwortet, dass der Beginn der Baumaßnahmen für das 3. Quartal 2027 geplant sei. Zurzeit bereite man das Planfeststellungsverfahren vor, so dass man Ende des 1. Quartals 2026 den Antrag auf Genehmigung beim Bergamt einreichen könne. Über das Bergamt werden dann alle Eigentümer/innen der betroffenen Flurstücke per Anhörung informiert. Man rechne damit, dass das Bergamt hierfür 1 Jahr brauche, sodass man spätestens im 3. Quartal 2027 einen Beschluss habe. Der Bau solle Ende 2028 abgeschlossen sein, sodass die Inbetriebnahme noch vor 2029 erfolgen könne, so **Frau Kanter**. Anschließend erfolgen Rekultivierungsmaßnahmen der betroffenen Flächen. Diese könnten unter Umständen bis in das Jahr 2029 reichen.

Herr Niehaus fragt, ob die neue Trasse 100 % wasserstofffähig sei und wie die Ertüchtigung im Rahmen der Anbindung an die OPAL funktioniere.

Frau Kanter könne hierzu nichts sagen, da dies von den Zulieferern des Wasserstoffes abhängen würde.

Herr Niehaus fragt, ob die GASCADE die Einspeisung des Wasserstoffs beauftrage.

Frau Kanter stellt klar, dass die GASCADE lediglich die Infrastruktur für die Gaslieferungen bereitstelle. Wenn jemand Wasserstoff in die Pipeline einspeisen wolle, müsse er auch einen Abnehmer vorweisen können.

Herr Niehaus fragt, wer die Gewähr dafür leiste, dass der Druck stabil bleibt.

Frau Kanter könne hierzu momentan nichts sagen, nehme aber die Frage mit.

Herr Gutzmann fragt, wie der Druckausgleich technisch umgesetzt werde.

Frau Kanter sei für diese Frage die falsche Ansprechpartnerin.

Herr Ilchmann fragt, ob die Absperrstationen dazu gedacht seien, den Druck ab-

schnittsweise zu sichern.

Frau Kanter sagt, dass die Stationen auch dazu dienen, Abschnitte außer Betrieb zu setzen, um dann z.B. Wartungsarbeiten durchführen zu können. Hauptsächlich dienen die Stationen aber zur Ein- und Ausspeisung des Wasserstoffes.

Herr Niehaus merkt an, dass man vertraglich sicherstellen müsse, dass dauerhaft genug Wasserstoff vorhanden sei, um den nötigen Druck durchgehend aufrechterhalten zu können.

Herr Lüdke merkt an, dass solche technischen Fragen sehr weitreichend seien. Die Bundesnetzagentur sei für die Beaufsichtigung des reibungslosen Ablaufs verantwortlich. Man solle sich mit derartigen Fragen an die Bundesnetzagentur wenden, so **Herr Lüdke**.

Herr Klein fragt, welchen Vorteil das Land Mecklenburg-Vorpommern von diesem Projekt habe, zumal es kaum Fahrzeuge gäbe, die mit Wasserstoff betrieben werden.

Herr Lüdke erklärt, dass die Landesregierung sich von diesem Projekt Sekundäreffekte erhoffe. Als Verwaltung bewerbe man den Wasserstoff offensiv, um Firmen in die Region zu holen. Finanziell sei das Land aber nicht an diesem Projekt beteiligt, so **Herr Lüdke**.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

6. Anfragen

Herr Hagen bittet Herrn Jäckel sich vorzustellen.

Herr Jäckel stellt sich vor.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

7. Mitteilungen

Herr Gernetzki teilt mit, dass er in der kommenden Ausschusssitzung das Konzept der Schaabe vorstellen werde. **Herr Gernetzki** stellt seinen neuen Stellvertreter Herrn Jäckel (Fachgebietsleiter Umweltschutz) vor.

Herr Gutzmann verlässt um 17:55 Uhr die Sitzung. (11/15)

Weitere Mitteilungen werden nicht Vorgetragen.

Herr Zorn bedankt sich bei den Gästen und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

29.09.2025, gez. Christian Zorn

Datum, Unterschrift
Herr Christian Zorn
Ausschussvorsitzender

29.09.2025, gez. Bastian Köhler

Datum, Unterschrift
Bastian Köhler
Protokollführer

